

Antrag des Kreisausländerbeirats

**"Save me"-Programm zur Aufnahme und Ansiedlung von Flüchtlingen;
hier: Antrag des Kreisausländerbeirats vom 11. Januar 2012**

Beschluss-Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Gießen erklärt sich grundsätzlich bereit, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlementprogramms der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.

Begründung:

Millionen schutzbedürftiger Flüchtlinge befinden sich in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzufluchtsländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen UNHCR ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen (Resettlement-Programm) einzurichten. Hierfür sind von Seiten des Bundes Rahmenbedingungen zu schaffen und auch finanzielle Mittel zu stellen, um den erforderlichen Integrationsprozess zu ermöglichen.

Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungs-Programme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA und Kanada. Auch immer mehr europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Finnland, Frankreich, Irland, Portugal, Tschechische Republik und Rumänien (Stand November 2009) stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit, in Großbritannien wird auf Grund der positiven Erfahrungen über eine Ausweitung des Programms nachgedacht.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2009 durch die Aufnahme von 2500 irakischen Christen auf die Bitte des UNHCR reagiert, später wurden 50 Flüchtlinge aus Malta im Rahmen eines kleinen Programms aufgenommen. Notwendig wäre aber eine dauerhafte Implementierung eines solchen Verfahrens.

Nach Schätzungen des UNHCR werden im Jahr 2012 172 000 Resettlement-Plätze benötigt – dies sind weniger als zwei Prozent der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung. Derzeit stehen 80 000 Neuansiedlungsplätze zur Verfügung.

Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt.

Wir wollen uns als Landkreis ausdrücklich dazu bekennen, im Rahmen eines nationalen Programms, gemeinsam mit den anderen Kreisen und Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beitragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.

Durch den obigen Beschluss will unser Landkreis seinen Teil zu einer verantwortungsvollen und menschlichen Flüchtlingspolitik beitragen. Er unterstützt die Kampagne „save me“, in der sich in Gießen und Umgebung bis jetzt 130 Menschen bereit erklärt haben, als Paten für anzusiedelnde Personen aufzutreten und sie nach ihrer Ankunft hier zu unterstützen.

Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten.

Folgekosten: ggf. Folgekosten in den nächsten Jahren, die vom Land Hessen übernommen werden.

Sonstiges/Bemerkungen:

Mitzeichnung:

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit

Organisationseinheit

Markéta Roska

Sachbearbeiter/in

Thomas Euler

Leiter der Organisationseinheit

Tim van Slobbe

KAB-Vorsitzender

Zustimmungsvermerk/Sichtvermerk: